
Liebe Leserinnen und Leser,



die große Anti-Atomkraft-Demonstration am 5. September in Berlin hat eindrucksvoll die Mobilisierungsfähigkeit der Anti-Atomkraft-Bewegung gezeigt. Egal ob es anlässlich eines Atommülltransports nach Gorleben ist, oder ob den AtomikerInnen in Berlin die rote Karte gezeigt werden soll: Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegner sind präsent! Und die Bürgerinitiativen und Umweltverbände mischen sich weiterhin ein, im Vorfeld der Bundestagswahl, und auch danach. Die Notwendigkeit liegt auf der Hand: Die laufenden Atomkraftwerke und Atomfabriken, und die ständigen Atomtransporte, sind hochgefährlich und verdienen keine Schonfrist. Sie müssen stillgelegt und verboten werden. Und das nicht in 10, 20 oder 30 Jahren, sondern SOFORT!

Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht Euch in diesem Sinne einen guten Start in den Herbst 2009 und wünscht Euch viel Kraft und Phantasie für die vor uns liegenden Aufgaben!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU-Vorstandsmitglied Oliver Kalusch referiert beim Seveso-II-Workshop

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Novellierung der Seveso-II-Richtlinie hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Anm. der Newsletter-Redaktion: Die sog. Reaktorsicherheit ist Augenwischerei!) die GFI Umwelt gebeten, einen Workshop zum Thema „Anforderungen an eine stoffliche Erweiterung der Seveso-II-Richtlinie“ zu veranstalten. Mit der Organisation wurde die ÖKOPOL GmbH, Hamburg beauftragt. Ein Ziel des Workshops ist es, Hintergrundinformationen zur Debatte um die Novellierung der Seveso-II-Richtlinie zu präsentieren und ein Diskussionsforum für relevante Fragestellungen hinsichtlich der Erweiterung der Stoffliste der Seveso-II-Richtlinie zu schaffen. Die Ergebnisse des Workshops werden in schriftlicher Form dokumentiert, um sie in die weitere Fachdiskussion einbringen zu können. Der Workshop findet statt am Samstag, 26. September 2009, von 10.00 Uhr bis 16.40 Uhr, Tagungszentrum „Doppelklick“, Gaußstr. 124, 22765 Hamburg. Das einführende Referat hält Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden BBU-Vorstand. Oliver Kalusch gehört der Kommission für Anlagensicherheit (KAS, <http://www.kas-bmu.de>) an. Das gesamte Programm des Workshops kann in der BBU-Geschäftsstelle angefordert werden. Tagungsgebühren werden nicht erhoben. Die Anmeldung bei der GFI Umwelt ist erforderlich. Sobald der GFI Umwelt die Anmeldung vorliegt, erhält der/die Angemeldete eine Zusage mit weiteren organisatorischen Hinweisen. WICHTIG: Der Anmeldeschluss vom 9. September 2009 gilt nicht für die Teilnahme am Workshop. Lediglich eine Hotelbuchung ist nicht mehr möglich. Trotzdem sollte eine Anmeldung schnell erfolgen. Für Rückfragen steht die GFI Umwelt zur Verfügung. Kontakt: http://www.gfi-umwelt.de/index_e.htm.

2. Vereinsrecht

Gemein und nützlich oder doch auch gemeinnützig? BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wehrt sich gegen Aberkennung der Gemeinnützigkeit

Rund zwei Stunden lang besetzten Atomkraftgegner am 29. Mai 2009 das Gelände des "Schwarzbaus Gorleben", diesen Titel haben die Gorleben-Gegner dem Erkundungsbergwerk Gorleben verliehen. Als Reaktion nämlich auf das Eingeständnis des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), dass die Baumaßnahmen unter und über Tage bereits so angelegt seien, dass der Salzstock Gorleben in Teilen schon als Atommüllendlager eingerichtet wurde, rückten an jenem Freitag im Mai mehrere Hundert Demonstranten und 30 Traktoren spontan in den Innenbereich des Schachtgeländes vor.

Das sollte Folgen haben für den Anmelder der Kundgebung vor den Toren des umstrittenen Objekts, die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Das Finanzamt Lüchow will - wie berichtet - der streitbaren BI die Gemeinnützigkeit aberkennen: (...).

Doch die Initiative streitet nicht nur gegen Gorleben und die Atomkraft, sie wehrt sich auch gegen die Vorwürfe des Finanzamts: Nach Recherchen der Hamburger Rechtsanwältin Ulrike Donat hat die BI nicht zu Straftaten aufgerufen. "Zu keinem Zeitpunkt hat meine Mandantin zur Betretung des Erkundungsbergwerks aufgerufen", stellt die Anwältin in einem Schreiben an das Finanzamt klar. (...).

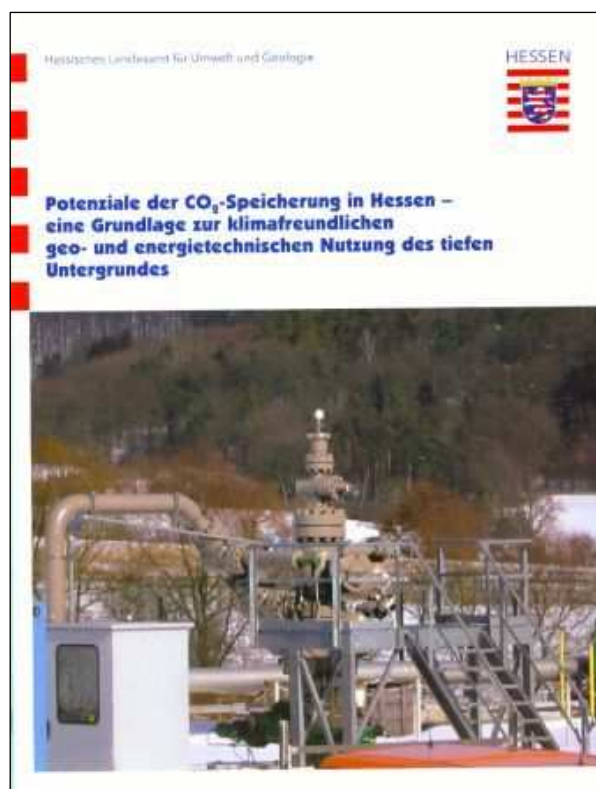
Die Gemeinnützigkeit habe die Bürgerinitiative unzweifelhaft durch ihre aktuelle Aufklärungsarbeit unter Beweis gestellt. "Diese bewundernswerte Tätigkeit und nicht Mutmaßungen, unbewiesene Behauptungen und nicht verifizierte Zeitungsberichte sollten Ihre Entscheidung tragen", rät Ulrike Donat.

Aus einer Pressemitteilung der BI Lü-Da vom 18.9.09. Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

3. Themenbereiche

CCS / CO₂-Speicherung

Potentiale der CO₂-Speicherung in Hessen – eine Grundlage zur klimafreundlichen geo- und energietechnischen Nutzung des Tiefen Untergrundes



Vom „Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie“ (HLUG) wurde die Eignung des Untergrundes zur dauerhaften Einlagerung von CO₂ im Rahmen einer Vorstudie untersucht. Hierbei wurden die verschiedenen Speichermöglichkeiten in Hessen beleuchtet und deren gesteinspezifische Eigenschaften, Tiefenlage, Speichersicherheiten durch überlagernde Deckschichten und mögliche konkurrierende Nutzung aufgezeigt.

In Hessen kann die Speicherung durch künstliche Mineralisierung sowie in Salzstöcken bzw. Kohleflözen ausgeschlossen werden. In Frage kommen ausgeförderte Erdöl- und Erdgasfelder im Oberrheingraben und saline Aquifere. Bei den letzteren müssen aber noch Untersuchungen zu Ausdehnungen und Kapazitäten durchgeführt werden.

Während man davon ausgeht dass es für die großen Kohlekraftwerke in Hessen keine ausreichende großen Speicher gibt, soll untersucht werden ob die kleinen Felder Hessens sich für kleinere CO₂-emittierende Anlagen (z. B. Chemieanlagen) eignen.

Diese Broschüre wurde vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie 2009 herausgegeben und kann dort bezogen werden. (ISBN 978-3-89026-355-7) Die zugrundeliegende umfangreichere Studie kann man unter

http://www.hlug.de/klimawandel/inklim_plus/dokumente/berichte/speicherung.pdf im Internet einsehen.

Harald Gülzow, Mitglied im Geschäftsführenden BBU-Vorstand

Energiepolitik

Berliner Anti-Atomkraft-Demonstration: Den atomaren Geisterspuk beenden!

Der BBU hat als Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen und Umweltverbände die Anti-Atomkraft-Demonstration in Berlin mit 300 - 400 Traktoren und mit rund 50.000 TeilnehmerInnen als großen Erfolg der Anti-Atomkraft-Bewegung bewertet.



Der BBU betont, dass es sich bei der Demonstration um die größte Anti-Atomkraft-Demonstration seit vielen Jahren handelt. Udo Buchholz vom BBU-Vorstand: "Alle Versuche der Atomindustrie, den Widerstand kleinzureden, haben nicht gefruchtet. Ständige Störfälle in Atomanlagen, Skandale im Umgang mit Atommüll und die berechtigte Sorge vor gesundheitlichen Auswirkungen tragen dazu bei, dass große Teile der Bevölkerung den atomaren Geisterspuk beendet sehen möchte."

Der BBU bedankt sich bei allen Personen, Bürgerinitiativen und Verbänden, die zum Gelingen der Demonstration beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt den Landwirten aus der Region um Gorleben (Wendland).

Für den BBU steht fest: Es gibt weltweit keine Lösung des brennenden Atommüllproblems und Gorleben ist als Endlagerstandort ungeeignet. Die weitere Produktion von Atommüll ist unverantwortlich. Und auch bereits der Uranabbau, der für den Betrieb von Uranfabriken und Atomkraftwerken erforderlich ist, ist der jeweiligen Nachbar-Bevölkerung in Kanada, Australien, Niger oder anderswo nicht zumutbar und ist absolut nicht umweltverträglich; radioaktive Stäube belasten die Umge-

bung – seien es Landstriche oder Gewässer. Und Udo Buchholz betont: „Die Atomindustrie betreibt mit dem angeblichen Klimaschutz Augenwischerei: Energie, die zum Uranabbau benötigt wird, wird in Kohlekraftwerken gewonnen.“

Leicht gekürzte BBU-Pressmitteilung vom 5.9.09; Originaltext:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/05.09.09.htm>

BBU: Einspruch gegen den Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage

Der BBU hat beim niederländischen Umweltministerium Einspruch gegen den vom Urenco-Konzern beantragten Ausbau der Urananreicherungsanlage (UAA) in Almelo (NL) erhoben. Gleichzeitig hat der BBU die sofortige Stilllegung der Anlage gefordert. Udo Buchholz vom BBU-Vorstand erklärt: „Die niederländische Urananreicherungsanlage in Almelo ist ein größenwahnsinniges Projekt. Wenn die Anlage jetzt noch ausgebaut werden sollte, könnte sie jährlich Uran für insgesamt 40 große Atomreaktoren vorbereiten. Dazu muss man wissen, dass in den Niederlanden nur ein kommerzielles Atomkraftwerk in Betrieb ist. Die Bevölkerung im Grenzgebiet soll die Anlage also erdulden, damit der Urenco-Konzern in aller Welt seine Urangeschäfte abschließen kann“

In dem Einspruch des BBU heißt es: „Die Kapazität der Urananreicherungsanlage (UAA) in Almelo soll zur Versorgung von insgesamt rund 40 Atomkraftwerken auf 4950t Urantrennarbeit pro Jahr (UTA/a) erhöht werden. Verbunden mit dem Betrieb der UAA Almelo sind Radioaktivitätsfreisetzungen im "Normalbetrieb", Atommüll und verschiedene andere Gefahren.“ Abschließend betont der BBU in seinem Einspruch: „Im Gegensatz zu früheren Genehmigungsverfahren zum Betrieb und Ausbau der UAA Almelo gab es in der deutschsprachigen Tagespresse im Grenzgebiet keine Bekanntmachungen über das Ausbaufahren. Wenn das Genehmigungsverfahren nicht ganz abgebrochen wird, muss es eine neue Möglichkeit für Einsprüche geben. Bisher ist die Bevölkerung in der Bundesrepublik nicht offiziell über das Vorhaben informiert.“

Der vollständige Einspruch kann im Internet nachgelesen werden unter
<http://www.bbu-online.de/Genehmigungsverfahren/Genehmigungsverfahren.htm>

Verkehr

Bundestagswahl: Parteien schlecht zu Fuß

Bei der Erstellung der Wahlprogramme zur Bundestagswahl schienen die Parteistrategen sich zu fragen: Ist "Gehen" überhaupt "Verkehr" im Eigentlichen Sinne? Und wenn ja: Warum sollen sich Bundestag oder gar Bundesregierung darum kümmern? Fußgänger sind doch eine rein kommunale Angelegenheit! In den Wahlprogrammen der Parteien kommt der Fußverkehr dann auch praktisch nicht vor. Mit dieser Aussage könnte ein Beitrag zu dem Thema enden. In einer aktuellen Analyse konnten wir jedoch einige Nuancen identifizieren und wollen Ihnen vermitteln, wie und warum der Fußverkehr unbedingt auf die Agenda der Bundesebene gehört. Über Anregungen von Ihnen würden wir uns sehr freuen! Den Beitrag zur Wahl finden Sie in der aktuellen mobilogisch! auf S. 36 oder unter

<http://www.fuss-ev.de/download/Parteien-schlecht-zu-Fuss.pdf>

Aus: Newsletter vom 16. September 2009 des FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland und des UMKEHR e.V. - Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt. Der Newsletter kann kostenlos abonniert werden. Kontakte: FUSS e.V. & UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin, Fon 030/ 492 74 73, <http://www.fuss-ev.de>, <http://www.umkehr.de>.

BBU: Einspruch gegen den geplanten Flughafen Twente

Der BBU hat gegen die Umgestaltung des ehemaligen Militärflughafens Twente bei Enschede (NL) zu einem zivilen Flughafen, auch im Namen der BBU-Mitgliedsinitiative Grafschafter Bürgerinitiative Umweltschutz e. V. (GBU), Einspruch erhoben. Der geplante Flughafen ist im niederländischen Grenzgebiet und besonders im niedersächsischen Landkreis Grafschaft Bentheim, aber auch im Münsterland, heftig umstritten.

Zur Begründung schreibt der BBU: „Das Flughafengelände liegt nur wenige Kilometer von der deutsch-niederländischen Grenze entfernt bei Enschede. Der Abstand bis zur Grenze bei Gronau beträgt z. B. lediglich 8 Kilometer. Der Flughafenbetrieb wäre unweigerlich mit Lärm- und Schadstoffbelastungen für die Bevölkerung, aber auch für die Natur und Umwelt, diesseits der Grenze verbunden.

Weiter führt der BBU aus: „Bei der Planung eines derartigen Flughafen-Vorhabens wäre grenzüberschreitend die offizielle Beteiligung der Bevölkerung und der Natur- und Umweltschutzverbände erforderlich. Dies hat die Euregio als kommunaler Zusammenschluss im Grenzgebiet schon vor rund 25 Jahren im Zusammenhang mit Genehmigungsverfahren zum Bau und Betrieb von Atomanlagen im Grenzgebiet betont. Gerade die Atom- und Chemieanlagen im Grenzgebiet müssten auch bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Berücksichtigung finden. Vermehrte Flugbewegungen in der Region steigern das Risiko für Flugzeugabstürze auf Atom- und Chemieanlagen.“ Der BBU betont, dass die Ballung an Chemie- und Atomanlagen im Grenzgebiet (z.B. in Gronau, Lingen und Almelo) keinen Flughafen in der Nähe erlaubt.

Gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 11.9.09; hier das Original der Pressemitteilung:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/11.09.09.htm>

Wasser

Metalldächer belasten das Regenwasser



Regenwasser, das versickert wird, trägt zur Grundwasserneubildung bei und verringert die Hochwasserspitzen. Doch Regenwasserabflüsse von Dächern stammen von Oberflächen, die aus unterschiedlichsten Materialien zusammengesetzt sind. Bei Metalldächern sollte man beachten welches Material eingesetzt wurde, da Zink, Kupfer oder Blei in erheblichen Konzentrationen abgespült werden. Deshalb rät die „Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz“ (EAWAG) bei der Versickerung bei Metallflächen ab einer Größe von 20 m² Schwermetallabsorber einzusetzen.

Bei vorhandenen Metalldächern ist diese Maßnahme sehr sinnvoll, doch sollte in Zu-

kunft bei der Materialwahl solche umweltschädlichen Emissionen vermieden werden. Doch davon sind wir weit entfernt. Die Belastungen werden in Zukunft noch zunehmen. Metaldächer sind im Kommen. Nicht nur auf Fabrikgebäuden oder Kirchen kann man das Material entdecken, sondern immer mehr auch auf Wohngebäuden.

Die Informationen zu den Metaldächern wurde dem Rundbrief vom VSR-Gewässerschutz, Ausgabe August entnommen und gekürzt. Die Mitteilung kann vollständig unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/rundbrie.html> gelesen werden. Weitere Themen im Rundbrief sind u. a.: Meeresschutzpolitik beginnt im Binnenland – Infos zur CO₂-Speicherung – Bio-Anbauflächen in Deutschland wachsen wesentlich langsamer als der Konsum von Bioprodukten.

Harald Gülzow, Mitglied im Geschäftsführenden BBU-Vorstand

Umweltverbände: Kritik an Abschaffung des „WasserCent“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) NRW, die Coordination gegen BAYER-Gefahren und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz kritisieren die von der NRW-Landesregierung beschlossene schrittweise Abschaffung des Wasserentnahme-Entgelts. Bislang beträgt der „WasserCent“ für entnommenes Grund- und Oberflächenwasser zwischen 0,3 und 4,5 Cent pro Kubikmeter. Das jährliche Aufkommen in Höhe von €86 Millionen wird etwa zur Hälfte von privaten Haushalten und der Industrie entrichtet. (...).

Die Umweltverbände veröffentlichen heute auch erstmals den Wasserverbrauch der fünf BAYER-Werke in NRW. Demnach entzieht allein die Leverkusener Fabrik dem Boden jährlich knapp 90 Millionen Kubikmeter Grundwasser, hinzu kommen 45 Millionen Kubikmeter Rheinwasser. Das Monheimer BAYERWerk verbraucht rund 50 Mio Kubikmeter Grund- und Flusswasser. Die Verbände erhielten die Mengenangaben über eine Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz. (...).

Harald Gülzow vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz ergänzt: „Bayer muss verantwortlicher mit den Grundwasservorräten umgehen. Deshalb ist dringend in Produktions- und Reinigungsprozesse zu investieren, bei denen keine Abwässer entstehen, sondern das Gebrauchswasser wieder in einem Kreislauf zurückgeführt und aufbereitet wird.“

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 17.9.09 von BUND NRW, CBG und BBU. Gesamttext:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/17.09.09.pdf>

NABU begrüßt geplanten Bau von 40 Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee

Der NABU hat die Entscheidung des Bundeskabinetts zum Ausbau der Offshore-Windenergie in Nord- und Ostsee als ein eindeutiges Bekenntnis zu den erneuerbaren Energien begrüßt. In der von der Bundesregierung verabschiedeten Verordnung über die Raumordnung in der Nordsee werden verschiedene Nutzungsinteressen wie Naturschutz, Schifffahrt und Windenergie koordiniert. Auf der Basis dieser Planung soll Deutschland bis 2020 mit 40 Windparks den europäischen Spitzenplatz einnehmen. „Diese Initiative kommt zur rechten Zeit, da die großen Energiekonzerne derzeit offenbar lieber auf eine Verlängerung der Laufzeiten von veralteten Atommeilern setzen als auf den Bau von neuen Windparks auf dem Meer“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. (...).

Der NABU warnte aber davor, den notwendigen Ausbau der Offshore-Windkraft auf Kosten der Meeresumwelt voranzutreiben. „Leider ist es nicht gelungen, zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen zu vermitteln“, kritisierte NABU-Meeresschutzexperte Kim Detloff. Nach dem Willen der Bundesregierung dürften Windparks überall abseits bereits etablierter Schutzgebiete geplant werden, egal wie sensibel oder wie stark belastet ein Lebensraum bereits durch andere menschliche Einflüsse ist. „Etwas mehr Steuerung und etwas weniger Wildwuchs wäre wünschenswert“, so Detloff.

Aus einer Pressemitteilung ds NABU vom 16.09.09; vollständiger Text unter

http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=382628

Bürgerinitiativen erinnern vor Wahl an Umweltthemen

In Ostfriesland machen die Bürgerinitiativen (BI) vor der Bundestagswahl mit ihren umwelt- und naturschutzpolitischen Themen mobil. Mehr als 10 000 Unterschriften gegen ein neues Kohlekraftwerk will die BI „Saubere Luft Ostfriesland“ vor dem 27. September an Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) übergeben. Dies solle ihn an sein Versprechen erinnern, einen Kraftwerksbau nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, sagte eine Sprecherin in Emden. Mit Info-Ständen in Leer will die BI „Rettet die Ems“ vor der Wahl auf die ungelösten Probleme durch die Ausbaggerungen des Flusses aufmerksam machen. Der Aufwand von Flussvertiefungen für Überführungen von Kreuzfahrtschiffen der Papenburger Meyer Werft zur Nordsee stehe in keinem Verhältnis zum Ergebnis für die Region, sagte ein BI Sprecher in Leer. Der Steuerzahler werde weiter an einer absurden Steuerverschwendung beteiligt. Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Kosten und massive Umweltschäden würden in Kauf genommen. Die Werft gehöre an das seeschifftiefe Wasser in der Region. *Quelle:* <http://www.emderzeitung.de/?id=20&nid=94414>

4. Buchtipp

The Koodankulam Handbook

Die Kontakte des BBU reichen nicht nur in die benachbarten Niederlande oder (in Sachen Urantransporte) nach Russland. Es gibt auch Kontakt nach Indien. So erreichte die BBU-Newsletter-Redaktion folgende Mitteilung:

*"Hallo,
ich kann die elektronische Version eines Buches anbieten:
The Koodankulam Handbook
edited by S.P. Udayakumar Ph.D.
published by Transcend South Asia, Nagercoil, Tamil Nadu, India
first edition Oct 2004
382 Seiten
pdf, 20MB (und diese Menge schicke ich anständigerweise nicht
unaufgefordert rum)*

Koodankulam ist der Standort hier in Südindien (Bundesstaat Tamil Nadu) für 2 WWER(oder VVER)-Reaktoren, welche die Inder mit russischer Hilfe hier bauen. Vermutete Inbetriebnahme des 1. Blocks wird nach Mitte nächsten Jahres sein. (Angekündigt ist Jahreswechsel ...). Ich vermute mal, dass dieses Buch die einzige Zusammenstellung zu diesem Standort ist. Leider ist es kein "Handbuch" sondern mehrheitlich eine unkommentierte Artikelsammlung. Auch ist der Inhalt nicht nur lokal auf diesen Standort bezogen sondern geht auch auf gesamtindische Aspekte ein."

Wer die Buch-Datei haben möchte, kann sich in der BBU-Geschäftsstelle melden.

5. Terminhinweise

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Die Anti-Atomkraft-Bewegung legt auch nach der Berliner Großdemonstration keine Pause ein. Es geht mit vollem Elan weiter gegen die Atomindustrie! Terminübersichten gibt es z. B. hier: <http://www.anti-atom-aktuell.de> und hier <http://www.castor.de/8termine.html>.

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung gibt es u. a. hier: <http://www.friedenskooperative.de/index.html>

20.09.2009: Sonntagsspaziergang am Ahauser Atommüll-Castorlager, 14.00 Uhr. Infos: <http://www.bi-ahaus.de>

04.10.2009: Gronau, 14 Uhr, traditioneller **Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage / UAA** (an jedem ersten Sonntag im Monat, seit Ende 1986!).

18. – 21.03.2010: **Landshuter Umweltmesse**; Infos: <http://www.la-umwelt.de>.

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 9 / 2009, Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10..2009. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.